



# HESSISCHER LANDTAG

06. 10. 2009

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD**

**betreffend "Wider das Vergessen" - Gedenkstättenbesuche für alle  
Schülerinnen und Schüler**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag bekräftigt seine Entschlossenheit, allen Formen von Diktatur, Terrorherrschaft, Unterdrückung und Unfreiheit entgegenzutreten. Er bekennt sich zu der Aufgabe, die Erinnerung an die beiden totalitären Systeme im Deutschland des 20. Jahrhunderts und an ihre Opfer wachzuhalten. Dieser Erinnerung dient in besonderer Weise der Gedenktag 9. November.
2. Der Hessische Landtag will in seinen Anstrengungen zur Bewahrung der lebendigen Erinnerung an die millionenfachen Opfer der nationalsozialistischen Diktatur und zur Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus, von Rassismus, von religiösem Fanatismus und von Intoleranz nicht nachlassen und gemeinsam mit den politisch und gesellschaftlich verantwortlichen Kräften eintreten für ein friedliches, demokratisches, rechtsstaatliches, tolerantes und weltoffenes Hessen.
3. Der Hessische Landtag erinnert im 20. Jahr des Mauerfalls an das Unrechtssystem der DDR und gedenkt in Trauer der Opfer.
4. Der Hessische Landtag wendet sich gegen alle Tendenzen der Nivellierung der einzigartigen NS-Herrschaft. Er wendet sich auch gegen alle Versuche, die DDR-Unrechtsherrschaft zu verharmlosen und die politischen Verhältnisse in der DDR zu romantisieren.
5. Der Hessische Landtag sieht es daher als wichtige Aufgabe der staatlichen Bildungseinrichtungen, Pflichtangebote "Wider das Vergessen" zu etablieren. Denn mit zunehmender Geschichtswerdung fehlt persönliche Betroffenheit, fehlen die Älteren, die uns erzählen können, wie das war. Weil uns die Zeitzeugen demnächst fehlen werden, bedarf es Zeugnisse der Zeit, damit Erinnerungen nicht verblassen.
6. Bestandteil dieses Pflichtangebots und der Erinnerungskultur muss beides sein: Gedenkstätten und Museen zur Erinnerung an den Holocaust und den Faschismus einerseits und solche zur Erinnerung an das geschichtlich später folgende Unrechtsregime in der DDR, das eine Folge des Faschismus war.
7. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, zusätzliche Mittel zur Förderung der Gedenkstätten zur Verfügung zu stellen, damit sie ihrem Bildungsauftrag auch didaktisch gerecht werden können.

Wiesbaden, 6. Oktober 2009

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Schäfer-Gümbel**